

Das Präsidium geht erstmals an die Grünen

Der Grosse Rat hat Sylvie Bonvin-Sansonnens zur seiner Präsidentin für das Jahr 2021 gewählt. Damit besetzen zum ersten Mal die Grünen dieses Amt. Nach 18 Jahren kommt der Broyebezirk wieder zum Zug. Jean-François Steiert (SP) wird Staatsratspräsident.

Urs Haenni

GRANGES-PACCOT Für die Wahl des Präsidenten oder der Präsidentin 2021 des Grossen Rats wurden gestern grüne Stimmzettel verteilt. Zufall oder nicht? Jedenfalls schrieben 75 Grossrätinnen und Grossräte daraufhin auf den Stimmzettel den Namen von Sylvie Bonvin-Sansonnens, 49-jährig, Bio-Landwirtin aus Rueyres-les-Prés, bisher erste Vizepräsidentin und Grossrätin der Grünen seit 2015. 20 Stimmzettel enthielten andere Namen.

Mit Bonvins Wahl übernimmt erstmals eine Vertreterin der Freiburger Grünen das Amt als oberste Bürgerin des Kantons. «Sie hat schon einmal eine Sitzung des Grossen Rats geleitet und dies mit Bravour getan», würdigte die amtierende Präsidentin Kirthana Wickramasingam (SP, Bulle) ihre Nachfolgerin. Auch gestern musste Bonvin kurz für die Präsidentin einspringen.

«Sylvie Bonvin ist eine Frau der Broye: erdverbunden und authentisch», so Wickramasingam. 18 Jahre habe der Broyebezirk warten müssen, bis wieder jemand von dort dieses höchste Amt einnimmt, und nun wurden gleich drei Broyebezirker auf einmal gewählt.

Erster Vizepräsident wird mit Jean-Pierre Doutaz (CVP, Epagny, 90 Stimmen) zwar ein Greizerbezirker. Aber als zweite Vizepräsidentin wählte der Grosse Rat Nadia Savary-Moser (FDP, Vesin, 91 Stimmen) und als neuen Präsident des Kantonsgerichts Michel Favre (90 Stimmen): Beide aus dem Broyebezirk.

«Ist es nicht komisch: all diese Masken, die Desinfektionsmittel, Ratskollegen auf dem Bildschirm? Nichts ist mehr wie früher, und ich habe auch



Die abtretende Präsidentin Kirthana Wickramasingam (r.) begrüsst ihre Nachfolgerin Sylvie Bonvin mit Blumen im Amt.

Bilder Charly Rappo

keine Ahnung, was mich erwartet», sagte Bonvin, als sie einen Blumenstraus für ihre Wahl entgegennahm. «Aber ich bin glücklich, stolz, demütig und will garantieren, dass diese Institution weiter funktioniert», sagte sie. «Die Krise ist nicht vorüber, aber gemeinsam können wir sie überwinden.»

Steiert setzt auf Nachhaltigkeit

Zum Präsident der Freiburger Regierung wählte der Grosse Rat den Sozialdemokraten Jean-François Steiert. Er erhielt 65 von 87 gültigen Stimmen. Weitere 19 Stimmen gingen an Georges Godel (CVP). Wickramasingam bezeichnete den

Stadtfreiberger als eine emblematische Figur mit seinem Schnurrbart, dem Velo und dem weissen Hemd ohne Krawatte. «Er sieht immer Möglichkeiten statt Grenzen», sagte sie. «Zusammen mit Sylvie Bonvin steht dem Kanton 2021 ein engagiertes Duo vor.»

Steiert sagte: «Für mich steht das kommende Jahr im Zeichen der nachhaltigen Entwicklung über alle Parteigrenzen hinweg.» Die Gesundheit erhalte durch die jetzige Krise eine neue Dimension, so Steiert. «Covid-19 zwingt uns, aus unserer Komfortzone herauszukommen. Und das ist nicht unbedingt etwas Schlechtes.»



Jean-François Steiert präsidiert 2021 die Kantonsregierung.

Grosser Rat

Eine höhere Entschädigung für das Präsidium

+ 3900 Franken: So viel erhielt bisher, wer den Freiburger Grossen Rat präsidierte. Diese Pauschalentschädigung ist die niedrigste in der Westschweiz; im Kanton Bern gibt es dafür 30 000 Franken. Nun hat der Grosse Rat mit 86 gegen eine Stimme entschieden, diese Entschädigung auf 12 000 Franken pro Jahr anzuheben. Die neue Regelung gilt rückwirkend auf das Jahr 2020 mit der Präsidentin Kirthana Wickramasingam (SP).

Diese Änderung geschah auf eine Initiative der Fraktionschefs. Wie Benoît Rey (Mitte links – CSP) sagte, sei es eine enorme Aufgabe der Präsidentin oder des Präsidenten, die Sitzungen vorzubereiten. Dies sei in diesem Corona-Jahr besonders anspruchsvoll gewesen und habe viel Vorbereitung erfordert. Gleichzeitig habe es 2020 kaum repräsentative Auftritte gegeben, die eigentlich gut entschädigt seien. Nächstes Jahr werde die Situation wohl ähnlich sein.

«Präsident oder Präsidentin des Grossen Rats zu sein, führt nicht zu einer Bereicherung», betonte Hubert Dafflon (CVP, Grolley). «Es soll aber auch nicht zu einer Verarmung führen.»

«Diese Anerkennung ist richtig und gerechtfertigt», sagte André Schoenenweid (CVP, Freiburg). An der Abstimmung zu dieser Änderung des Grossratsgesetzes enthielten sich die drei Mitglieder des Präsidiums der Stimme. **uh**

Im Kanton Freiburg darf man neu erst ab 18 Jahren rauchen

Mit einer Änderung des Gesetzes über den Handel erhöht der Grosse Rat das legale Alter für Tabakkonsum auf 18 Jahre. Auch neue Produkte fallen unter das Gesetz.

Urs Haenni

GRANGES-PACCOT «Der Verkauf und die Abgabe von Tabak, Tabakerzeugnissen, elektronischen Zigaretten und ähnlichen Produkten an Personen unter 18 Jahren ist verboten.» Mit 89 gegen 6 Stimmen hat der Grosse Rat gestern diesen Artikel im Gesetz über die Ausübung des Handels angenommen und somit das Schutzalter für das Rauchen von 16 auf 18 Jahre erhöht.

Mit einem Zusatz werden auch neue Produkte in das Gesetz integriert wie elektronische Zigaretten, bei denen der Tabak erhitzt statt verbrannt wird, oder Liquids – erhitzte Flüssigkeiten. Auch Schnupftabak oder Hanf mit wenig THC fällt unter die Bestimmung.

Damit schliesst sich Freiburg zwölf weiteren Schweizer Kan-

tonen an. In anderen europäischen Ländern ist das Verkaufsverbot von Tabakwaren an unter 18-Jährige bereits die Norm. Wie Gesundheitsdirektorin Anne-Claude Demierre (SP) informierte, liegt dem eidgenössischen Parlament der Entwurf eines Bundesgesetzes über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten vor. Nach Demierres Kenntnisstand ist dessen Behandlung aber auf 2023 verschoben.

So lange will Freiburg nicht warten. «Es gibt erste wissenschaftliche Erkenntnisse über die Schädlichkeit dieser neuen Produkte», sagte Kommissionssprecherin Solange Berset (SP, Belfaux). «Deshalb muss das Gesetz so schnell wie möglich in Kraft treten.»

Staatsrätin Demierre sagte, 57 Prozent aller Raucher würden vor dem 18. Lebensjahr damit beginnen. «Deshalb ist ein Verbot unter 18 Jahren eine der effizientesten Massnahmen zur Prävention.»

Wählen, aber nicht rauchen?

Anderer Meinung war Christine Jakob (FDP, Murten). Wie die Grossrätin sagte, führt sie in Murten einen Tabakladen

und hat selber 16-jährig mit dem Rauchen begonnen. «Jemand, der raucht, weiss, dass es schädlich ist», sagte sie. Sie zeigte ihr Unverständnis, dass das Stimm- und Wahlrecht zum Teil für 16-Jährige eingeführt werde, diese aber nicht selber entscheiden dürften, ob sie rauchen wollen. Zudem sei es schwierig für eine Kioskverkäuferin, zwischen 16- und 18-Jährigen zu unterscheiden. Jakob stellte deshalb den Antrag, das bisherige Alter von 16 Jahren zu belassen. Dieser Antrag wurde aber mit 81 gegen 13 Stimmen abgelehnt.

«Null Komma null Verständnis» dafür zeigte Chantal Müller (SP, Murten). «Wählen und Abstimmen hat nichts mit kaputten Lungen zu tun.» Armand Jaquier (SP, Romont) ergänzte: «Das Alter zu kontrollieren ist ganz einfach: Man muss nur eine ID verlangen.» Er forderte aber, dass das Verkaufspersonal entsprechend geschult werde.

Stéphane Sudan (CVP, Broc) erinnerte daran, dass er und Grégoire Kubski (SP, Bulle) in einer Motion gefordert hatten, Tabakwerbung zu verbieten. Die Antwort steht noch aus.

Zusatzkredit für das Kollegium Heilig Kreuz sorgt für Aufregung

Statt 41,8 Millionen Franken wird der Um- und Ausbau des Kollegiums Heilig Kreuz über 46 Millionen Franken kosten. Der Grosse Rat ist darüber «not amused».

Urs Haenni

GRANGES-PACCOT «Mit Unmut sind wir bereit, in den sauren Apfel zu beissen», sagte Nicolas Bürgisser (FDP, Giffers). Ursula Krattinger-Jutzet (SP, Düdingen) sprach von «gemischten Gefühlen und einer Wut im Bauch». Für Adrian Brügger (SVP, Düdingen) ist es «unverständlich und skandalös», und für Ruedi Vonlanthen (FDP, Giffers) «bemühend und frustrierend». Der Freiburger Baudirektor Jean-François Steiert (SP) drückte es so aus: «Es hilft der Glaubwürdigkeit nicht.»

Sie alle äusserten sich an der gestrigen Debatte im Grossen Rat über den Zusatzkredit in Höhe von 4,5 Millionen Franken, den der Staatsrat für die Sanierung und den Ausbau des Kollegiums Heilig Kreuz beantragt hatte. Nach dem Studienkredit über 2,27 Millionen und

dem vom Stimmvolk im November 2017 genehmigten Baukredit über 39,52 Millionen Franken fallen die Baukosten nun um über 10 Prozent höher aus als geplant.

Der dem Parlament vorgelegte Katalog umfasst 17 Punkte, die nachträglich finanziert werden müssen. Darunter fällt die Gebäudetechnik hinter den Wänden und unter den Decken, die in einem schlechteren Zustand ist als erwartet. Auch müssen neue Normen betreffend CO₂-Management oder Branderkennung eingehalten werden, und die Informatik stelle neue Ansprüche an die Verkabelung und Wi-Fi-Abdeckung.

Frage nach der Verantwortung

Man sei bei der Planung von einem optimistischen Szenario ausgegangen, ohne die entsprechenden Reserven vorzunehmen, sagte Steiert, der das Dossier bei seinem Amtsantritt übernommen hatte. Die eingeleitete Reserve betrug 800 000 Franken und ist bereits aufgebraucht. «Für ein Renovationsprojekt ist das eine ungläubliche Fehleinschätzung», meinte Kommissionssprecher Roland

Mesot (SVP, Châtel-St-Denis). Claude Brodard (FDP, Le Mouret), Präsident der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission, sagte: «Institutionell geht das gar nicht.» «Wie soll man das gegenüber dem Bürger verantworten?», fragte Nicolas Bürgisser. «Was haben die Architekten und Ingenieure mit den 2,2 Millionen gemacht? Entweder haben sie schlecht gearbeitet oder alle hinters Licht geführt.» Adrian Brügger wollte wissen: «Was passiert mit den Verantwortlichen?»

Gemäss Steiert seien bereits Massnahmen ergriffen worden. So werden die Regeln für Reserven überarbeitet. Wie beim Tiefbauamt sollen Baukredite nach Offerten und nicht nach Schätzungen erstellt werden. Künftig sollen alle betroffenen Direktionen involviert werden, und im Hochbauamt sei eine Reorganisation im Gange.

Schliesslich stimmte der Grosse Rat dem Zusatzkredit mit 88 Stimmen einstimmig zu. Er kürzte ihn vorher aber um 68 000 Franken: Die Einrichtung der Garderobe für Staatsangestellte beim Tennisplatz muss aus einem anderen Konto finanziert werden.